

Sächsisches Volksblatt

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Erste Ausgabe täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abgabe A mit „Die Welt im Wort und Bild“ vierteljährlich 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland bei 2,50 M.; in Österreich 4,43 K.
Abgabe B ohne illustrierte Beilage vierteljährlich 1,80 M. In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland bei 2,20 M.; in Österreich 4,07 K. — Einzel-Nr. 10 P.

Inserate werden die angegebene Zeitstelle oder deren Raum mit 15 P. pro Zeile und 50 P. die Zeile berechnet, bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt.
Gedruckert, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Bismarckstraße 43. — Fernsprecher 1306
Für Abgabe unentgeltl. Geschäftsstelle keine Verbindlichkeit; Redaktions-Sprechstunde: 11 bis 12 Uhr.

Sie Ihre Weihnachtsgeschenke in Uhren und Goldwaren einkaufen, besichtigen Sie im eigenen Interesse meine fünf reichhalt. dekorierten mit den billigsten Preisen versehenen Schaufenster

H. Lorenz,
Dresden, jetzt Frauensstraße 1, Ecke Schössergasse.

Gegen die Sozialdemokratie

Dresden den 1. Dezember 1911.

In der Zweiten Kammer des Sächsischen Landtages kam es gestern zu einem heißen prinzipiellen Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Alle Parteien nahmen daran teil, nur die Fortschrittliche Volkspartei verlagte gänzlich. Die Verhandlungen nahmen folgenden Verlauf:

Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Schepcher ergriff zuerst das Wort und verbreitete sich über die vom Abgeordneten Fräßdorf gestern angeschnittene Frage der Landfrankenkassen. Nach § 327 (nicht § 333) der Reichsversicherungsordnung werde bestimmt, daß eine Landfrankenkasse neben den allgemeinen Ortsfrankenkassen bestehen könne. Im Entwurfe sei hierüber die Entscheidung den einzelnen Landesregierungen überlassen worden. Für die Errichtung von Landfrankenkassen sei nach der Reichsversicherungsordnung nur die einzige Möglichkeit, die Versicherung wie bisher auf beruflicher Grundlage durchzuführen. Die Regierung habe schon vor der Frage gestanden, ob eine Vorlage bezüglich der Errichtung einer Landfrankenkasse einzubringen sei und habe auch den Gegenstand eingehender Erörterungen unterworfen. Für die Bildung besonderer Landfrankenkassen sei hauptsächlich geltend gemacht worden, daß auf die Landbevölkerung mehr Rücksicht genommen werden müsse. Die Regierung sei aber schließlich nach der genauen Erwägung einer Anzahl Befürchtungen zu dem Entschlusse gekommen, die bestehenden Einrichtungen nach Möglichkeit zu erhalten. Man habe sich besonders darüber lebhaft unterhalten, ob bei uns in Sachsen, wo die Zwangsversicherung für landwirtschaftliche Arbeiter schon besteht, neben den Ortsfrankenkassen auch die Errichtung von Landfrankenkassen notwendig sei. Die Versicherung werde gegenwärtig im Wege der Gemeindeversicherung durchgeführt und es liege auch kein Bedürfnis vor, diese zu Landfrankenkassen auszubauen. Abg. Fräßdorf habe sich gestern auch über die Artfrage verbreitet. Die Regierung habe sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt. Der Redner führte aus, daß es gelte, die Beziehungen zwischen den Krankenkassen und den Ärzten durch Vertrag zu regeln.

Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Kunze geht auf die gestrigen Ausführungen des Abg. Wiener bezüglich der Kauforderungen ein und betont, daß man dem Bauhandwerk entgegenzutreten werden müsse. Das Reichsgesetz vom 1. Juli 1909 behandle im zweiten Teile die Grundstücksbewertung. Es bestehe die sehr begründete Befürchtung, daß durch die schwerfälligen Bestimmungen dieses zweiten Teiles die Bauhandwerkler entweder vernichtet oder doch wenigstens einen Erfolg erlangen würde, der hinter allen Erwartungen zurückbleibe. Der § 9 des Gesetzes könne für bestimmte Einzelgemeinden in Betracht kommen, die im Reichstage sogar als „bausehwindelverdächtig“ bezeichnet wurden. Es sei noch keine Gemeinde bekannt geworden, auf die diese Bestimmungen zugefallen hätten.

Abg. Dr. Spieß (Kon.) betont, daß neben dem Gewerbesteuer unserer gesamten sächsischen Bevölkerung auch Handel und Industrie großen Anteil an dem erfreulichen Zustande unserer Finanzen hätten. Wenn der Etat weitere Einstellungen nicht verträge, so wolle er doch gemeinsam mit dem Abg. Dittl ausgesprochen, daß der Etat mit äußerster Vorsicht aufgestellt sei. Dazu komme noch, daß wir bestimmte Ausblicke hätten, daß die aufstrebende Richtung in Industrie und Handel noch weitere Fortschritte mache. Die Fürsorge für die beiden Faktoren, Handel und Industrie, erfordere, daß neben denjenigen Maßnahmen, die zu ihrem Wohlfühlen im Etat vorgesehen seien, auch die anderen Erwerbsstände einer gedeihlichen Entwicklung entgegengeführt werden und daß seien der Mittelstand, die Landwirtschaft und die Arbeiterschaft. Auch müsse die Kunst, die zwischen dem Mittelstand und der Industrie bestehe, überbrückt werden. Hierin seien sich auch alle Parteien des Hauses bis auf die Sozialdemokratie einig. Der Abgeordnete Schulze habe erst gestern gesagt, daß der Mittelstand durch die maschinelle Entwicklung aufgerieben werde. Uebrigens befinde sich die Sozialdemokratie auch im Widerspruch mit der Verelendungstheorie der Arbeiterschaft. Der Mittelstand habe bis jetzt praktisch von den politischen Freunden Günthers noch nichts gehabt und wenn der Abgeordnete Günther gesagt habe, daß ihm daran liege, möglichst viel selbständige Existenzen zu erhalten, so möge die Fortschrittliche Volkspartei doch zunächst keine Wahlbündnisse mit der Sozialdemokratie abschließen, da sie hierdurch eine Schädigung des Mittelstandes herberrufe. Der Freisinn habe immer gegen die Maßnahmen zum Schutze des Mittel-

standes gestimmt, z. B. gegen die Gewerbeordnung, gegen die Gewerbeschiedsgerichte, gegen die Besteuerung der Konsumvereine, gegen den Befähigungsnachweis usw. Der Mittelstand werde sich hierfür bei den bevorstehenden Wahlen jedenfalls bedanken. Von vielen Seiten werde auch gelobt, daß der Mittelstand im Aussterben begriffen sei. Er wolle hiergegen konstatieren, daß der Mittelstand erst kürzlich durch den Deutschen Mittelstandstag einen kräftigen Beweis seiner Lebensfähigkeit gegeben habe. Der Redner besprach dann die Befoldungsverhältnisse in den Staatsbetrieben und brachte verschiedene Wünsche der Beamtenschaft zum Ausdruck, z. B. die Schaffung eines neuen Beamtengesetzes, die Anstellung der Eisenbahnassistenten usw. Weiter sprach sich Redner noch gegen die Ansichten des Abg. Fleißner über die sogenannte Klassenjustiz aus. Im Gegensatz hierzu könne er mitteilen, daß auch unter den Arbeitgebern ein gewisses Mißtrauen gegen die Justiz bestehe, denn es sei ihm bei Prozessen mehrfach gesagt worden, daß die Arbeiter doch Recht bekämen. Weiter wies der Redner noch auf die Gegensatz hin, die bezüglich der Jugendberziehung zwischen den Konservativen und den Sozialdemokraten bestehen. Die Konservativen wollten eine wirklich nationale Jugendberziehung, während die Sozialdemokratie die Erziehung der Jugend für ihre Zwecke und Ziele ausnützen wolle. Der Redner widerlegte schließlich auch noch die Behauptung über das Bestehen eines schwarz-blauen Mordes. Tatsächlich hätten keine Vereinbarungen zwischen dem Zentrum und den Konservativen bestanden. Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen halte er es für richtiger, die Zwistigkeiten anlässlich der Reichsfinanzreform zu unterlassen. Wir gingen schweren Zeiten entgegen und brauchten unsere Kräfte für die Reichstagswahlen, damit möglichst wenig Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt würden. Der Grundsatz müsse lauten: „Das Vaterland über die Partei!“ (Lebhaftes Bravo.)

Staatsminister Graf Vitzthum v. Eckardt wandte sich in einer bedeutungsvollen Rede gegen die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie habe die Fähigkeit, so führte er aus, immer in verschiedener Gewandung aufzutreten. Bald erscheine sie mit der roten Scherbe angetan, bald im wissenschaftlichen Gewande eines Professors und hier im Landtage im schlichten bürgerlichen Gewande des Volksfreundes, der der Regierung gute Ratschläge gäbe. Er wolle in diesem Wechsel der Gewandung keine abschließliche Täuschung erblicken, sondern eine bewußte Anpassung an die Umgebung, ein sozialdemokratisches Mimikry und ein gewisses politisches Taktgefühl. Der Ton der Volksversammlungen sei bis jetzt noch nicht in unseren Landtag getragen worden. Immerhin müsse er sich wundern, daß die Sozialdemokratie bis jetzt keinerlei Andeutungen über die Ziele und Mittel gemacht hätten, mit denen sie die Volksmassen für sich gewinnen wollen. Der Abgeordnete Fleißner habe z. B. gesagt, die Sozialdemokratie sei gar nicht so revolutionär, sondern die Revolutionen würden von der bürgerlichen Gesellschaft selbst gemacht. Er glaube schon, daß die Leiter der Sozialdemokratie jetzt nicht daran denken, eine Kraftprobe zu machen, dazu sei ihnen das Deutsche Reich zu fest geläut und sie wüßten auch, daß die Regierungen der Bundesstaaten fest entschlossen seien, Gewalttakte niederzuerwerfen. Der Abgeordnete Sandermann habe gesagt, daß er gar nichts dagegen habe, wenn die Landwirte, die Industrie und der Mittelstand für ihre Zwecke eintreten. Er fordere nur dasselbe für seine Partei. Auch der Abgeordnete Schulze habe eine sehr schöne Rede gehalten, die er mit großem Vergnügen angehört habe. Der sachliche Ton seiner Ausführungen werde die Verhandlungen wesentlich erleichtern. Der Abgeordnete Fräßdorf sei schon einen Schritt weitergegangen und habe auch gesagt, daß alle Regierungsvertreter, die hier säßen, wahrscheinlich Sozialdemokraten sein würden, wenn ihre wirtschaftlichen Verhältnisse nicht geregelt seien. Nach seiner Meinung sei die Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht der alleinige Grund, der einen sittlich denkenden Menschen von der Sozialdemokratie abhalten müsse. (Lebhaftes Bravo.) Ferner gäbe es eine ganze Anzahl Mitläufer der Sozialdemokratie, die dem Unmute über ihre Lage durch die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels Ausdruck geben, weil sie glauben, daß sich ihre Lage vielleicht bessern könne. Gott sei Dank gebe es aber auch noch viele ärmere Leute, die sich von der Sozialdemokratie fernhalten, weil sie genau wissen, daß sie für die wirtschaftliche Hilfe von der Sozialdemokratie auf sittliche, religiöse und kulturelle Güter verzichten sollen, auf die sie mehr Wert legen, als auf gute Nahrung usw. Was ihnen die Sozialdemokratie hierfür bieten könne, sei nur Massenbewußtsein, weiter nichts. Die von ihm erwähnten Leute seien die christlichen Gewerkschaften. Der Abgeordnete Fräßdorf habe sich gestern aus voller Ueberzeugung für das Koalitionsrecht eingesetzt und gerade die Sozialdemokratie bekämpfe dieses Recht der christlichen Gewerkschaften in sehr scharfer Weise. Es sei doch sehr stark, wenn die Sozialdemokratie verlange, daß der Arbeitgeber einen guten Arbeiter entlassen solle, nur weil er nicht ihrer Organisation angehöre. Dagegen verlange die Sozialdemokratie vom Staate, daß er auch diejenigen Arbeiter behalten solle, die sich zur Sozialdemokratie bekennen. Das sei ein ganz bedeutender Wider-

spruch. Zur Sozialdemokratie gewendet, sagte der Minister hierauf: „Lassen Sie also den christlichen Gewerkschaften das Koalitionsrecht, so wie Sie es auch für sich verlangen!“ Mit der Lohnfrage habe sich der Abgeordnete Schulze beschäftigt. Diese Angelegenheit sei so schwierig und umfangreich, daß er jetzt hierauf nicht eingehen könne. Der Abgeordnete Schulze stehe auf dem Standpunkte Staatsfsgs und stelle sich damit auf den entgegengesetzten Standpunkt der Gewerkschaften. Es sei begreiflich, daß die Sozialdemokraten immer von einer Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse sprechen müßten, während die Gewerkschaften nur dann Mitglieder gewinnen könnten, wenn sich durch ihre Tätigkeit die Lage der Arbeiter bessere. Aus den Verichten der Gewerkschaften ginge allerdings hervor, daß die Lohnverhältnisse fortgesetzt besser geworden seien. Nach der Meinung der Sozialdemokratie sei das Handwerk ihr verfallen und die Unterstützung der Regierung durch die Bewilligung von Summen zur Förderung des Handwerkes sei nach ihrer Ansicht nur ein Schlag ins Wasser. Die Regierung lege aber großen Wert darauf, die Selbständigkeit des Handwerkes möglichst zu unterstützen, da sie gerade in diesen Personen die festesten Stützen der jetzigen Staatsordnung erblicke. Sie wisse selbstverständlich, daß viele Angehörige des Handwerkes kaum zu retten sein würden. Trotzdem werden Darlehen zu möglichem Zinsfuß gewährt, um den Handwerkern wieder festen Boden unter die Füße zu schaffen, damit sie sich aus eigener Kraft wieder emporarbeiten können. In zahlreichen Fällen sei es auch tatsächlich gelungen, dem Handwerkerstande auf diese Weise zu helfen. Die Regierung kämpfe nie und nirgends gegen die Arbeiterschaft, während die Sozialdemokratie jederzeit die Kluft zwischen den Arbeitern und den anderen zu erweitern suche, und die immer nur betone, daß nur durch die soziale Revolution eine Besserstellung der Lage der Arbeiterschaft zu erzielen sei. Der Minister zitierte hierbei verschiedene Ausprüche Staatsfsgs und hob nochmals hervor, daß die Sozialdemokratie lediglich den Klassenkampf und den Klassenhaß als Mittel betrachte. Eine Verständigung mit der Arbeiterschaft werde die Regierung immer anstreben. Für eine Verständigung mit der revolutionären Sozialdemokratie werde sie aber nie zu haben sein. (Lebhaftes Zustimmungsgedächtnis.)

Abg. Kiehnempe (Nat.) begründet den von ihm eingebrachten Antrag auf Revision der sächsischen Steuer-

gesetzgebung. Staatsminister v. Seydewitz: Jede Steuerreform, auch wenn sie das Beste wolle, erwecke Beunruhigungen in der Bevölkerung. Infolgedessen müsse die Regierung Bedenken tragen, den jetzt herrschenden Steuerfrieden zu stören. Aus diesem Grunde werde sie auch dem Antrage Kiehnempe keine Folge geben, obwohl er mit den Ausführungen des Antragstellers in manchen Punkten einverstanden sei.

Abg. Koch (Fortfchr. Vpt.) bedauert die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber seinem Antrage betreffend den Wegfall der untersten Staatseinkommensteuerstufen ohne Beeinträchtigung des Stimmrechtes bei der Landtagswahl. Weiter besprach er die Fragen der Volksschulreform und des Religionsunterrichtes vom Standpunkte seiner Partei aus. Ein weiterer Kreis der Bevölkerung trete für die Zwisdauer Uebeln ein, denn ihr Geist sei ein religiöser.

Abg. Fleißner (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion wolle für ihr Tun und Handeln nur der breiten Masse des Volkes gegenüber verantwortlich sein, und da habe sich ergeben, daß der sozialdemokratischen Partei immer größere Massen zufließen und zwar nicht nur aus den Kreisen der Arbeiter, sondern auch den Kreisen der Gebildeten. Dem 12. Januar sehe die Sozialdemokratie mit großer Ruhe entgegen. Er könne mitteilen, daß man in Frankreich von derartigen Experimenten längst kuriert sei. (Minutenlanges Geister.) Die deutschen Genossen hätten sogar damals die französischen Sozialisten vor diesem Schritte gewarnt und sie hätten Recht behalten. (Übermalige Geister.)

Staatsminister Dr. Ved knüpft an die Ausführungen des Abg. Fleißner bezüglich der Berufung eines Sozialdemokraten in das französische Ministerium ein. Der Versuch, einen Sozialdemokraten hier mit praktisch arbeiten zu lassen, sei kläglich mißlungen und Herr Millerand könne sich heute nach seinen Taten wohl überhaupt nicht mehr als Sozialdemokrat bezeichnen. An zahlreichen Zitaten aus den Reihen der Gegner und der Presse kennzeichnete nur der Minister den Standpunkt der Sozialdemokratie gegenüber der Jugendpflege, sowie gegenüber dem Weihnachts- und dem Sedantage. Er halte daran fest, daß der Sedantag einer der größten Taten der deutschen Geschichte gelte und es sei tief beschämend und bedauerlich für jeden Patrioten, wenn der Sedantag in der sozialdemokratischen Presse so herabgezerrt werde, wie es durch die soeben verlesenen Artikel der Fall sei. Es müsse dies die schroffste Verurteilung aller bürgerlichen Parteien des Hauses finden und gerade dies müsse der Ansporn sein, die Bestrebungen der Jugendpflege nunmehr mit aller Kraft zu fördern. Der einzige Vorwurf den man der Staatsregierung und den Ordnungsparteien machen könne, sei vielleicht der, daß sie nicht